Mahnung aus Brüssel

David McAllister: Europa muss in der gemeinsamen Außenpolitik wesentlich ambitionierter werden

VON GABI NACHSTEDT

BÜCKEBURG. Über die aktuelle europäische Außen- und Sicherheitspolitik hat der Europa-Abgeordnete David McAllister in einer Videokonferenz den Mitgliedern der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) berichtet. Der Leiter der Mindener Sektion, Oberstleutnant a.D. Rainer Lüttge, begrüßte den ehemaligen Niedersächsischen Ministerpräsidenten, der zu dem Thema „Transatlantisch bleiben – europäischer werden" referierte. Im Anschluss an den Vortrag tauschten sich die Teilnehmer in einer regen Diskussion aus.

McAllister ist seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Dort leitet er den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, ist Brexit-Beauftragter und einer der Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei.

Seiner Ansicht nach ist die Corona-Pandemie ein Weckruf. Weltweit habe sich eine neue Dynamik gezeigt, in der sich beunruhigende Tendenzen im Bezug auf demokratische Rechte und Freiheiten verstärkt hätten. Die Welt werde politisch instabiler, was deutliche Auswirkungen auf internationale Beziehungen habe.

David McAllister berichtete vor Mitgliedern der GSP in einer Zoom-Schaltung über neue Entwicklungen in der europäischen Außenpolitik. FOTO: GN

Zwingend erforderlich sei, dass die Europäische Union ihre Rolle als zuverlässiger Partner durch eine einheitliche Außenpolitik fortsetze. McAllister stellte dabei noch einmal klar, dass dies nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den Verbündeten machbar sei: „Die NATO war und ist die tragende Säule der europäischen Sicherheitsarchitektur."

Doch durch den Austritt des Vereinigten Königreichs stellten sich einige Fragen, denn aktuell gebe es keine gemeinsamen Vereinbarungen hinsichtlich der Sicherheitspolitik. Ein erleichtertes Aufatmen habe jedoch die Wahl Joe Bidens zum US-amerikanischen Präsidenten gebracht. McAllister: „Nach schwierigen Jahren des Misstrauens wird die transatlantische Brücke nun wieder aufgebaut." Auf der digitalen Münchener Sicherheitskonferenz habe sich der Präsident mit der starken Botschaft „The Transatlantic Alliance is back" geäußert.

Nach Einschätzung McAllisters ist nun eine neue transatlantische Agenda der Zusammenarbeit der EU mit den USA nötig, mit gemeinsamen Anstrengungen in der Pandemie-Bekämpfung und beim Klimaschutz sowie bei der Entwicklung neuer Technologien, um die Welt sicherer und demokratischer zu gestalten. Nach dem Streit um die Strafzölle, hofft McAllister nun auf ein neues, großes Handelsabkommen mit den USA.

Von den 27 EU-Mitgliedstaaten gehören außer Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden und Zypern alle der NATO an. Dieses 1949 gegründete militärische Bündnis gewährleistet die Sicherheit seiner Mitglieder und zielt auf eine weltweite Stabilität. „Von Deutschland wird erwartet, dass wir mehr in unsere militärischen Fähigkeiten investieren", sagte der Referent. Die EU solle ihre Rolle dort als zuverlässiger Partner fortsetzen, deshalb gelte es, eng mit den Verbündeten zusammenzuarbeiten.

Für eine eigenständige EU bleibe die Außen- und Sicherheitspolitik die größte Herausforderung. Diese müsse ambitionierter werden. Entscheidungen fielen zu langsam, daher sollten die Mitgliedsstaaten von einer Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen übergehen. Seit 2016 gebe es durch ständige strukturierte Zusammenarbeit Fortschritte und Erfolge. Mit Zeit und finanzieller Ausstattung müsse mittel- bis langfristig eine Verteidigungsunion entwickelt werden. Maßgeblich von der Bundesregierung initiiert, solle ein „Strategischer Kompass" die gemeinsamen Pläne der EU definieren.

Abschließend äußerte sich McAllister zum gegenwärtigen Verhältnis der EU zu Russland: „Die Beziehungen sind auf einem historischen Tiefpunkt. Wir erwarten vom Europäischen Rat derzeit eine strategische Neubewertung der Russland-Politik."